

Grundrechte

Auszug aus dem Grundgesetz
für die Bundesrepublik Deutschland
(Artikel 1–19 GG und Artikel 20 GG)

Basic Rights

*Extract from the Basic Law
for the Federal Republic of Germany
(Articles 1–19 BL and Article 20 BL)*

→ Artikel 20 VERFASSUNGSGRUNDSÄTZE

Die Bundesrepublik Deutschland
ist ein demokratischer und
sozialer Bundesstaat.

Artikel 20 / Verfassungsgrundsätze / Widerstandsrecht / Absatz 1

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Artikel 20 / Verfassungsgrundsätze / Widerstandsrecht / Absatz 2

*The Federal Republic
of Germany is a democratic
and social federal state.*

Article 20 / Constitutional principles / Right of resistance / paragraph 1

*All state authority
is derived from the people.*

Article 20 / Constitutional principles / Right of resistance / paragraph 2

➔ *Artikel 16* STAATSANGEHÖRIGKEIT
➔ *Artikel 16a* ASYLRECHT

No German may be deprived of his citizenship.

Article 16 / Citizenship / Extradition / paragraph 1

Persons persecuted on political grounds shall have the right of asylum.

Article 16a / Right of asylum / paragraph 1

Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden.

Artikel 16 / Staatsangehörigkeit / Auslieferung / Absatz 1

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Artikel 16a / Asylrecht / Absatz 1

REISEPASS

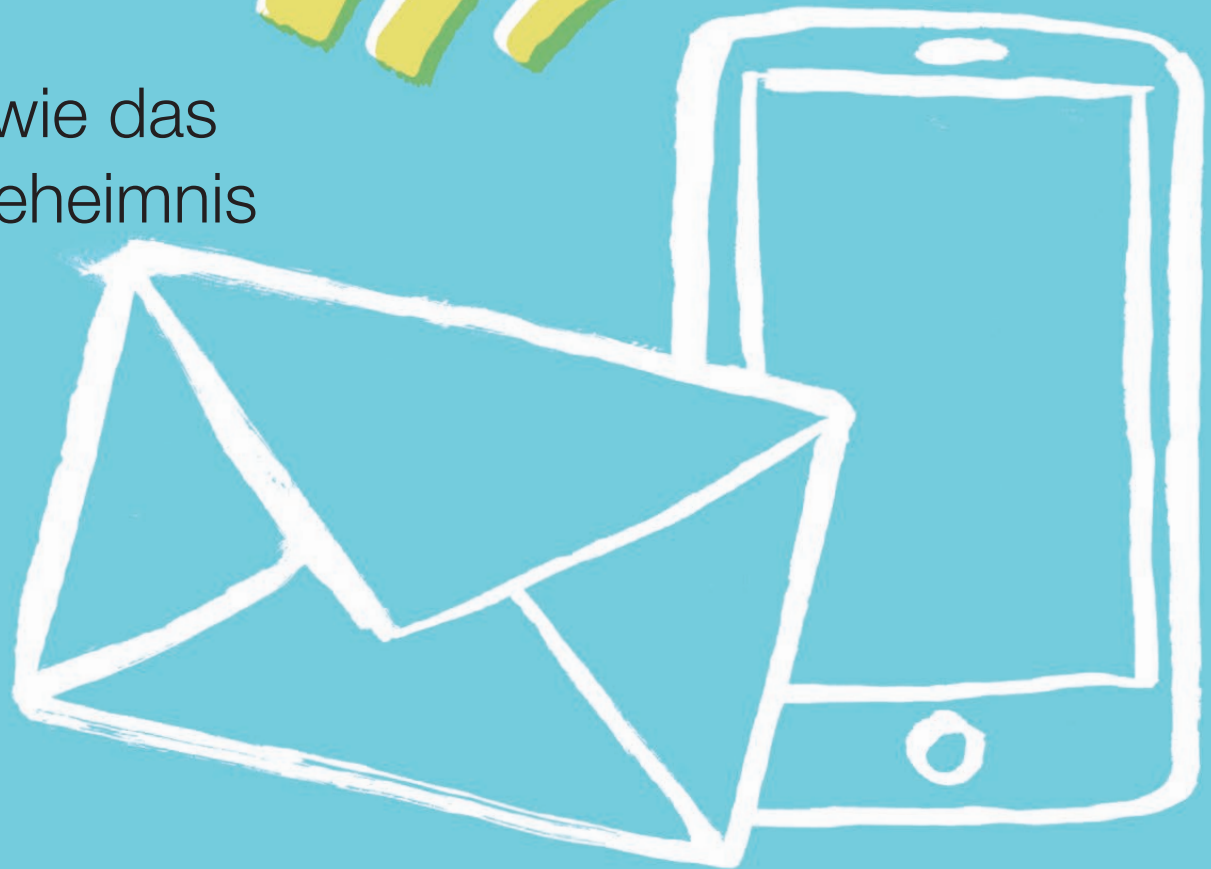
➔ Artikel 10 BRIEFGEHEIMNIS

*The privacy of correspondence, posts
and telecommunications shall be inviolable.*

Article 10 / Privacy of correspondence, posts and telecommunication / paragraph 1

Das Briefgeheimnis sowie das
Post- und Fernmeldegeheimnis
sind unverletzlich.

Artikel 10 / Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis / Absatz 1



➔ Artikel 8 VERSAMMLUNG



*All Germans shall have the right
to assemble peacefully
and unarmed without prior
notification or permission.*

Article 8 / Freedom of assembly / paragraph 1

Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung
oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

➔ Artikel 6 EHE – FAMILIE

*Marriage and the family
shall enjoy the special
protection of the state.*

Article 6 / Marriage / Family / Children / paragraph 1



Ehe und Familie stehen
unter dem besonderen Schutze
der staatlichen Ordnung.

Artikel 6 / Ehe / Familie / Kinder / Absatz 1



→ Artikel 1 WÜRDE



Human dignity shall be inviolable.

Article 1 / Human Dignity / Human Rights / Legally binding force of basic rights / paragraph 1

Die Würde des Menschen
ist unantastbar.

Artikel 1 / Menschenwürde / Menschenrechte / Rechtsverbindlichkeit der Grundrechte / Absatz 1



RESPEKT!

➔ Artikel 3 GLEICHHEIT

All persons shall be equal before the law.

Article 3 / Equality before the law / paragraph 1

*Men and women
shall have equal rights.*

Article 3 / Equality before the law / paragraph 2

GLEICHES RECHT

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Artikel 3 / Gleichheit vor dem Gesetz / Absatz 1

Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

Artikel 3 / Gleichheit vor dem Gesetz / Absatz 2

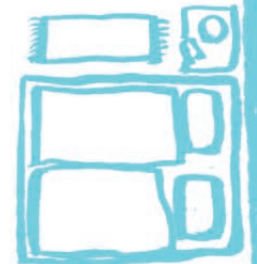


→ Artikel 13 WOHNUNG



Die Wohnung ist unverletzlich.

Artikel 13 / Unverletzlichkeit der Wohnung / Absatz 1



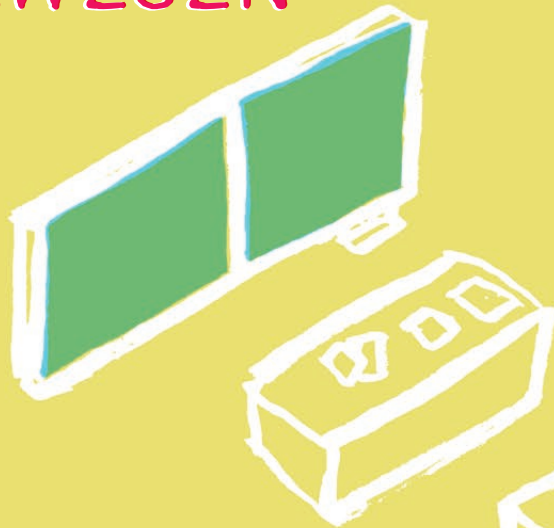
The home is inviolable.

Article 13 / Inviolability of the home / paragraph 1



PRIVAT!

→ Artikel 7 SCHULWESEN



The entire school system shall be under the supervision of the state.

Article 7 / School system / paragraph 1

Parents and guardians shall have the right to decide whether children shall receive religious instruction.

Article 7 / School system / paragraph 2

Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

Artikel 7 / Schulwesen / Absatz 1

Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

Artikel 7 / Schulwesen / Absatz 2

→ Artikel 5 MEINUNG

*Every person shall have the right
freely to express and
disseminate his opinions
in speech, writing and pictures (...).*

Article 5 / Freedom of expression, arts and sciences / paragraph 1

Jeder hat das Recht, seine Meinung
in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern
und zu verbreiten (...).

Artikel 5 / Freiheit der Meinung, Kunst und Wissenschaft / Absatz 1



➔ Artikel 4 GLAUBEN

Freedom of faith and of conscience, and freedom to profess a religious or philosophical creed, shall be inviolable.

Article 4 / Freedom of faith and conscience / paragraph 1

Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

Artikel 4 / Glaubens- und Gewissensfreiheit / Absatz 1

Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.

Artikel 4 / Glaubens- und Gewissensfreiheit / Absatz 3

No person shall be compelled against his conscience to render military service involving the use of arms.

Article 4 / Freedom of faith and conscience / paragraph 3



→ Artikel 2 FREIE ENTFALTUNG

*Every person shall have the right
to free development of his personality (...).*

Article 2 / Personal freedoms / paragraph 1

*Every person shall have
the right to life
and physical integrity.*

Article 2 / Personal freedoms / paragraph 2

Jeder hat das Recht auf die freie
Entfaltung seiner Persönlichkeit (...).

Artikel 2 / Persönliche Freiheitsrechte / Absatz 1

Jeder hat das Recht auf Leben
und körperliche Unversehrtheit.

Artikel 2 / Persönliche Freiheitsrechte / Absatz 2



Grundgesetz

für die Bundesrepublik Deutschland
(Auszug: Artikel 1 bis 20)

Die Überschriften der Grundrechte
sind kein amtlicher Bestandteil des Textes.

I. DIE GRUNDRECHTE

Artikel 1 Menschenwürde / Menschenrechte / Rechtsverbindlichkeit der Grundrechte

- 1/ Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- 2/ Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- 3/ Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2 Persönliche Freiheitsrechte

- 1/ Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
- 2/ Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3 Gleichheit vor dem Gesetz

- 1/ Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- 2/ Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- 3/ Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4 Glaubens- und Gewissensfreiheit

- 1/ Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- 2/ Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
- 3/ Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5 Freiheit der Meinung, Kunst und Wissenschaft

- 1/ Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
- 2/ Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
- 3/ Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6 Ehe / Familie / Kinder

- 1/ Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
- 2/ Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
- 3/ Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
- 4/ Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
- 5/ Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für

ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7 Schulwesen

- 1/ Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
- 2/ Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
- 3/ Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
- 4/ Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
- 5/ Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
- 6/ Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8 Versammlungsfreiheit

- 1/ Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
- 2/ Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9 Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit

- 1/ Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
- 2/ Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die

sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

3/ Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den *Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Art. 87a Abs. 4 und Art. 91* dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des *Satzes 1* geführt werden.

Artikel 10 Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

- 1/ Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
- 2/ Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, dass sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und dass an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11 Freizügigkeit

- 1/ Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
- 2/ Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12 Berufsfreiheit

- 1/ Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
- 2/ Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer

herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

3/ Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a Militärische und zivile Dienstpflichten

- 1/ Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
- 2/ Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
- 3/ Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach *Abs. 1 oder 2* herangezogen sind, können im Verteidigungsfall durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnissen verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach *Satz 1* können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
- 4/ Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
- 5/ Für die Zeit vor dem Verteidigungsfall können Verpflichtungen nach *Abs. 3* nur nach Maßgabe des *Art. 80a Abs. 1* begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach *Abs. 3*, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbil-

dingsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.

6/ Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Abs. 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Abs. 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13

Unverletzlichkeit der Wohnung

- 1/ Die Wohnung ist unverletzlich.
- 2/ Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
- 3/ Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
- 4/ Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuziehen.
- 5/ Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuziehen.
- 6/ Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Abs. 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Abs. 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Abs. 5 erfolgten Einsatz tech-

nischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

7/ Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14

Eigentum / Erbrecht / Enteignung

- 1/ Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
- 2/ Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
- 3/ Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15

Vergesellschaftung

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Art. 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16

Staatsangehörigkeit / Auslieferung

- 1/ Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
- 2/ Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a

Asylrecht

- 1/ Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
- 2/ Auf Abs. 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
- 3/ Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
- 4/ Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Abs. 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
- 5/ Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17

Petitionsrecht

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a

Einschränkung der Grundrechte in besonderen Fällen

- 1/ Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Art. 8) und das Petitionsrecht (Art. 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
- 2/ Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Art. 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18

Grundrechtsverwirkung

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Art. 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Art. 8), die Vereinigungsfreiheit (Art. 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10), das Eigentum (Art. 14) oder das Asylrecht (Art. 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19

Einschränkung von Grundrechten – Rechtsweg

- 1/ Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
- 2/ In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
- 3/ Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
- 4/ Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Art. 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

II. DER BUND UND DIE LÄNDER

Artikel 20

Verfassungsgrundsätze / Widerstandsrecht

- 1/ Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- 2/ Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- 3/ Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- 4/ Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Artikel 20a

Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

— Impressum

— **Herausgeberin:** Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de

— **Redaktion:** Iris Möckel (verantwortlich), Linda Kelch, beide bpb

— **Quellen:**
Deutscher Text: Bundeszentrale für politische Bildung; www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/grundgesetz
Englischer Text: Deutscher Bundestag; <https://www.btg-bestellservice.de/pdf/80201000.pdf>
Lektorat: David Thorne, Bornheim
Arabischer Text: Deutscher Bundestag; <https://www.btg-bestellservice.de/pdf/80209000.pdf>
Lektorat: Dr. Petra Uphoff, Köln

— **Gestaltung und Illustration:**
Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln, www.leitwerk.com
— **Druck:** media production, Bonn GmbH

— **Urheberrechte:** Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt.

— **Redaktionsschluss der 1. Auflage:**
November 2015, Bestell-Nr. 5441,
bestellbar unter: www.bpb.de/falter

Basic Law

for the Federal Republic of Germany
(Excerpt: Articles 1 to 20)

I. BASIC RIGHTS

Article 1
Human dignity / Human rights /
Legally binding force of basic rights

- 1/ Human dignity shall be inviolable. To respect and protect it shall be the duty of all state authority.
- 2/ The German people therefore acknowledge inviolable and inalienable human rights as the basis of every community, of peace and of justice in the world.
- 3/ The following basic rights shall bind the legislature, the executive and the judiciary as directly applicable law.

Article 2
Personal freedoms

- 1/ Every person shall have the right to free development of his personality insofar as he does not violate the rights of others or offend against the constitutional order or the moral law.
- 2/ Every person shall have the right to life and physical integrity. Freedom of the person shall be inviolable. These rights may be interfered with only pursuant to a law.

Article 3
Equality before the law

- 1/ All persons shall be equal before the law.
- 2/ Men and women shall have equal rights. The state shall promote the actual implementation of equal rights for women and men and take steps to eliminate disadvantages that now exist.
- 3/ No person shall be favoured or disfavoured because of sex, parentage, race, language, homeland and origin, faith, or religious or political opinions. No person shall be disfavoured because of disability.

Article 4
Freedom of faith and conscience

- 1/ Freedom of faith and of conscience, and freedom to profess a religious or philosophical creed, shall be inviolable.

- 2/ The undisturbed practice of religion shall be guaranteed.
- 3/ No person shall be compelled against his conscience to render military service involving the use of arms. Details shall be regulated by a federal law.

Article 5
Freedom of expression, arts and sciences

- 1/ Every person shall have the right freely to express and disseminate his opinions in speech, writing and pictures, and to inform himself without hindrance from generally accessible sources. Freedom of the press and freedom of reporting by means of broadcasts and films shall be guaranteed. There shall be no censorship.
- 2/ These rights shall find their limits in the provisions of general laws, in provisions for the protection of young persons, and in the right to personal honour.
- 3/ Arts and sciences, research and teaching shall be free. The freedom of teaching shall not release any person from allegiance to the constitution.

Article 6
Marriage / Family / Children

- 1/ Marriage and the family shall enjoy the special protection of the state.
- 2/ The care and upbringing of children is the natural right of parents and a duty primarily incumbent upon them. The state shall watch over them in the performance of this duty.
- 3/ Children may be separated from their families against the will of their parents or guardians only pursuant to a law, and only if the parents or guardians fail in their duties or the children are otherwise in danger of serious neglect.
- 4/ Every mother shall be entitled to the protection and care of the community.
- 5/ Children born outside of marriage shall be provided by legislation with the same opportunities for physical and mental development and for their position in society as are enjoyed by those born within marriage.

Article 7
School system

- 1/ The entire school system shall be under the supervision of the state.
- 2/ Parents and guardians shall have the right to decide whether children shall receive religious instruction.
- 3/ Religious instruction shall form part of the regular curriculum in state schools, with the exception of non-denominational schools. Without prejudice to the state's right of supervision, religious instruction shall be given in accordance with the tenets of the religious community concerned. Teachers may not be obliged against their will to give religious instruction.
- 4/ The right to establish private schools shall be guaranteed. Private schools that serve as alternatives to state schools shall require the approval of the state and shall be subject to the laws of the Länder. Such approval shall be given when private schools are not inferior to the state schools in terms of their educational aims, their facilities, or the professional training of their teaching staff, and when segregation of pupils according to the means of their parents will not be encouraged thereby. Approval shall be withheld if the economic and legal position of the teaching staff is not adequately assured.
- 5/ A private elementary school shall be approved only if the educational authority finds that it serves a special pedagogical interest or if, on the application of parents or guardians, it is to be established as a denominational or interdenominational school or as a school based on a particular philosophy and no state elementary school of that type exists in the municipality.
- 6/ Preparatory schools shall remain abolished.

Article 8
Freedom of assembly

- 1/ All Germans shall have the right to assemble peacefully and unarmed without prior notification or permission.
- 2/ In the case of outdoor assemblies, this right may be restricted by or pursuant to a law.

Article 9
Freedom of association

- 1/ All Germans shall have the right to form corporations and other associations.
- 2/ Associations whose aims or activities contravene the criminal laws, or that are directed against the constitutional order or the concept of international understanding, shall be prohibited.

- 3/ The right to form associations to safeguard and improve working and economic conditions shall be guaranteed to every individual and to every occupation or profession. Agreements that restrict or seek to impair this right shall be null and void; measures directed to this end shall be unlawful. Measures taken pursuant to Article 12a, to paragraphs (2) and (3) of Article 35, to paragraph (4) of Article 87a, or to Article 91 may not be directed against industrial disputes engaged in by associations within the meaning of the first sentence of this paragraph in order to safeguard and improve working and economic conditions.

Article 10
Privacy of correspondence,
posts and telecommunication

- 1/ The privacy of correspondence, posts and telecommunications shall be inviolable.
- 2/ Restrictions may be ordered only pursuant to a law. If the restriction serves to protect the free democratic basic order or the existence or security of the Federation or of a Land, the law may provide that the person affected shall not be informed of the restriction and that recourse to the courts shall be replaced by a review of the case by agencies and auxiliary agencies appointed by the legislature.

Article 11
Freedom of movement

- 1/ All Germans shall have the right to move freely throughout the federal territory.
- 2/ This right may be restricted only by or pursuant to a law, and only in cases in which the absence of adequate means of support would result in a particular burden for the community, or in which such restriction is necessary to avert an imminent danger to the existence or the free democratic basic order of the Federation or of a Land, to combat the danger of an epidemic, to respond to a grave accident or natural disaster, to protect young persons from serious neglect, or to prevent crime.

Article 12
Occupational freedom

- 1/ All Germans shall have the right freely to choose their occupation or profession, their place of work and their place of training. The practice of an occupation or profession may be regulated by or pursuant to a law.
- 2/ No person may be required to perform work of a particular kind except within the framework of a traditional duty of community service that applies generally and equally to all.
- 3/ Forced labour may be imposed only on persons deprived of their liberty by the judgment of a court.

Article 12a
Compulsory military and
alternative civilian service

- 1/ Men who have attained the age of eighteen may be required to serve in the Armed Forces, in the Federal Border Police, or in a civil defence organisation.
- 2/ Any person who, on grounds of conscience, refuses to render military service involving the use of arms may be required to perform alternative service. The duration of alternative service shall not exceed that of military service. Details shall be regulated by a law, which shall not interfere with the freedom to make a decision in accordance with the dictates of conscience, and which shall also provide for the possibility of alternative service not connected with units of the Armed Forces or of the Federal Border Police.
- 3/ Persons liable to compulsory military service who are not called upon to render service pursuant to paragraph (1) or (2) of this Article may, when a state of defence is in effect, be assigned by or pursuant to a law to employment involving civilian services for defence purposes, including the protection of the civilian population; they may be assigned to public employment only for the purpose of discharging police functions or such other sovereign functions of public administration as can be discharged only by persons employed in the public service. The employment contemplated by the first sentence of this paragraph may include services within the Armed Forces, in the provision of military supplies, or with public administrative authorities; assignments to employment connected with supplying and servicing the civilian population shall be permissible only to meet their basic requirements or to guarantee their safety.
- 4/ If, during a state of defence, the need for civilian services in the civilian health system or in stationary military hospitals cannot be met on a voluntary basis, women between the age of eighteen and fifty-five may be called upon to render such services by or pursuant to a law. Under no circumstances may they be required to render service involving the use of arms.
- 5/ Prior to the existence of a state of defence, assignments under paragraph (3) of this Article may be made only if the requirements of paragraph (1) of Article 80a are met. In preparation for the provision of services under paragraph (3) of this Article that demand special knowledge or skills, participation in training courses may be required by or pursuant to a law. In this case the first sentence of this paragraph shall not apply.

6/ If, during a state of defence, the need for workers in the areas specified in the *second sentence of paragraph (3) of this Article* cannot be met on a voluntary basis, the right of German citizens to abandon their occupation or place of employment may be restricted by or pursuant to a law in order to meet this need. Prior to the existence of a state of defence, the *first sentence of paragraph (5) of this Article* shall apply mutatis mutandis.

Article 13
Inviolability of the home

- 1/ The home is inviolable.
- 2/ Searches may be authorised only by a judge or, when time is of the essence, by other authorities designated by the laws, and may be carried out only in the manner therein prescribed.
- 3/ If particular facts justify the suspicion that any person has committed an especially serious crime specifically defined by a law, technical means of acoustical surveillance of any home in which the suspect is supposedly staying may be employed pursuant to judicial order for the purpose of prosecuting the offence, provided that alternative methods of investigating the matter would be disproportionately difficult or unproductive. The authorisation shall be for a limited time. The order shall be issued by a panel composed of three judges. When time is of the essence, it may also be issued by a single judge.
- 4/ To avert acute dangers to public safety, especially dangers to life or to the public, technical means of surveillance of the home may be employed only pursuant to judicial order. When time is of the essence, such measures may also be ordered by other authorities designated by a law; a judicial decision shall subsequently be obtained without delay.
- 5/ If technical means are contemplated solely for the protection of persons officially deployed in a home, the measure may be ordered by an authority designated by a law. The information thereby obtained may be otherwise used only for purposes of criminal prosecution or to avert danger and only if the legality of the measure has been previously determined by a judge; when time is of the essence, a judicial decision shall subsequently be obtained without delay.
- 6/ The Federal Government shall report to the Bundestag annually as to the employment of technical means pursuant to *paragraph (3)* and, within the jurisdiction of the Federation, pursuant to *paragraph (4)* and, insofar as judicial approval is required, pursuant to *paragraph (5) of this Article*. A panel elected by

the Bundestag shall exercise parliamentary oversight on the basis of this report. A comparable parliamentary oversight shall be afforded by the Länder.

7/ Interferences and restrictions shall otherwise only be permissible to avert a danger to the public or to the life of an individual, or, pursuant to a law, to confront an acute danger to public safety and order, in particular to relieve a housing shortage, to combat the danger of an epidemic, or to protect young persons at risk.

Article 14
Property / Inheritance / Expropriation

- 1/ Property and the right of inheritance shall be guaranteed. Their content and limits shall be defined by the laws.
- 2/ Property entails obligations. Its use shall also serve the public good.
- 3/ Expropriation shall only be permissible for the public good. It may only be ordered by or pursuant to a law that determines the nature and extent of compensation. Such compensation shall be determined by establishing an equitable balance between the public interest and the interests of those affected. In case of dispute concerning the amount of compensation, recourse may be had to the ordinary courts.

Article 15
Socialisation

Land, natural resources and means of production may for the purpose of socialisation be transferred to public ownership or other forms of public enterprise by a law that determines the nature and extent of compensation. With respect to such compensation the *third and fourth sentences of paragraph (3) of Article 14* shall apply mutatis mutandis.

Article 16
Citizenship / Extradition

- 1/ No German may be deprived of his citizenship. Citizenship may be lost only pursuant to a law, and against the will of the person affected only if he does not become stateless as a result.
- 2/ No German may be extradited to a foreign country. The law may provide otherwise for extraditions to a member state of the European Union or to an international court, provided that the rule of law is observed.

Article 16a
Right of asylum

- 1/ Persons persecuted on political grounds shall have the right of asylum.
- 2/ *Paragraph (1) of this Article* may not be invoked by a person who enters the federal territory from a member state of the European Communities or from another third state in which application of the Convention Relating to the Status of Refugees and of the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms is assured. The states outside the European Communities to which the criteria of the *first sentence of this paragraph* apply shall be specified by a law requiring the consent of the Bundesrat. In the cases specified in the *first sentence of this paragraph*, measures to terminate an applicant's stay may be implemented without regard to any legal challenge that may have been instituted against them.
- 3/ By a law requiring the consent of the Bundesrat, states may be specified in which, on the basis of their laws, enforcement practices and general political conditions, it can be safely concluded that neither political persecution nor inhuman or degrading punishment or treatment exists. It shall be presumed that a foreigner from such a state is not persecuted unless he presents evidence justifying the conclusion that, contrary to this presumption, he is persecuted on political grounds.
- 4/ In the cases specified by *paragraph (3) of this Article* and in other cases that are plainly unfounded or considered to be plainly unfounded, the implementation of measures to terminate an applicant's stay may be suspended by a court only if serious doubts exist as to their legality; the scope of review may be limited, and tardy objections may be disregarded. Details shall be determined by a law.
- 5/ *Paragraphs (1) to (4) of this Article* shall not preclude the conclusion of international agreements of member states of the European Communities with each other or with those third states which, with due regard for the obligations arising from the Convention Relating to the Status of Refugees and the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, whose enforcement must be assured in the contracting states, adopt rules conferring jurisdiction to decide on applications for asylum, including the reciprocal recognition of asylum decisions.

Article 17
Right of petition

Every person shall have the right individually or jointly with others to address written requests or complaints to competent authorities and to the legislature.

Article 17a
Restriction of basic rights in specific instances

- 1/ Laws regarding military and alternative service may provide that the basic right of members of the Armed Forces and of alternative service freely to express and disseminate their opinions in speech, writing and pictures (*first clause of paragraph (1) of Article 5*), the basic right of assembly (*Article 8*), and the right of petition (*Article 17*) insofar as it permits the submission of requests or complaints jointly with others, be restricted during their period of military or alternative service.
- 2/ Laws regarding defence, including protection of the civilian population, may provide for restriction of the basic rights of freedom of movement (*Article 11*) and inviolability of the home (*Article 13*).

Article 18
Forfeiture of basic rights

Whoever abuses the freedom of expression, in particular the freedom of the press (*paragraph (1) of Article 5*), the freedom of teaching (*paragraph (3) of Article 5*), the freedom of assembly (*Article 8*), the freedom of association (*Article 9*), the privacy of correspondence, posts and telecommunications (*Article 10*), the rights of property (*Article 14*), or the right of asylum (*Article 16a*) in order to combat the free democratic basic order shall forfeit these basic rights. This forfeiture and its extent shall be declared by the Federal Constitutional Court.

Article 19
Restriction of basic rights – Legal remedies

- 1/ Insofar as, under this Basic Law, a basic right may be restricted by or pursuant to a law, such law must apply generally and not merely to a single case. In addition, the law must specify the basic right affected and the Article in which it appears.
- 2/ In no case may the essence of a basic right be affected.
- 3/ The basic rights shall also apply to domestic artificial persons to the extent that the nature of such rights permits.
- 4/ Should any person's rights be violated by public authority, he may have recourse to the courts. If no other jurisdiction has been established, recourse shall be to the ordinary courts. The *second sentence of paragraph (2) of Article 10* shall not be affected by this paragraph.

II. THE FEDERATION AND THE LÄNDER

Article 20
Constitutional principles / Right of resistance

- 1/ The Federal Republic of Germany is a democratic and social federal state.
- 2/ All state authority is derived from the people. It shall be exercised by the people through elections and other votes and through specific legislative, executive and judicial bodies.
- 3/ The legislature shall be bound by the constitutional order, the executive and the judiciary by law and justice.
- 4/ All Germans shall have the right to resist any person seeking to abolish this constitutional order if no other remedy is available.

Article 20a
Protection of the natural foundations of life and animals

Mindful also of its responsibility toward future generations, the state shall protect the natural foundations of life and animals by legislation and, in accordance with law and justice, by executive and judicial action, all within the framework of the constitutional order.

— Edition Notes

— *Publisher:* Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de

— *Editors:* Iris Möckel (editorial leader) and Linda Kelch, both from the bpb.

— *Sources:*
German Text: Bundeszentrale für politische Bildung; www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/grundgesetz
English Text: German Parliament; <https://www.btg-bestellservice.de/pdf/80201000.pdf>
Proofreader: David Thorne, Bornheim
Arabic Text: German Parliament; <https://www.btg-bestellservice.de/pdf/80209000.pdf>
Proofreader: Dr. Petra Uphoff, Cologne

— *Design and Illustration:*
Leitwerk. Büro für Kommunikation, Cologne, www.leitwerk.com

— *Print:* media production, Bonn GmbH

— *Copyright:* Text and illustrations are protected by copyright.

— *Editorial deadline of the 1st edition:* November 2015, Order no: 5441, order here: www.bpb.de/falter